28 Jahre Wiedervereinigung

Deutschland droht die Ausländer-Lücke

Von Henrik Müller

30.09.2018

Die Zahlen waren erschreckend. Vor einigen Jahren veröffentlichte das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Prognose für die Jahre bis 2035. Das Kernergebnis: Große Teile Westdeutschlands werden bis dahin von rapidem Bevölkerungsschwund betroffen sein. Nur wenige Regionen können noch Zuwächse erwarten.

Mit anderen Worten: Die Experten sagten dem Westen eine Entwicklung voraus, wie sie in den östlichen Bundesländern längst Realität ist. Dort ging bereits zwischen 1990 und 2012 flächendeckend die Bevölkerung zurück, ausgenommen lediglich das Berliner Umland. Künftig also würden weite Teile der Bundesrepublik ein ähnliches Schicksal erleiden.

Allerdings sind die düsteren Vorhersagen möglicherweise überholt. Zum Glück.

Die BBSR-Experten gingen für ihre Berechnungen von einem konstanten Zuwanderungstrend aus: nämlich von 200.000 Personen jährlich; so viele Menschen wanderten im langfristigen Durchschnitt mehr nach Deutschland ein als aus. In den vergangenen Jahren jedoch war die Zuwanderung nach Deutschland doppelt so hoch. Seit 2012 kommen 400.000 bis 500.000 Menschen jährlich mehr ins Land als gehen, die Flüchtlingszahlen von 2015 nicht mitgerechnet. Dabei handelt es sich überwiegend um Leute aus anderen europäischen Ländern, die in Deutschland einen Job finden.

Dass die Zahl der Beschäftigten immer weiter steigt - und die Wirtschaft immer weiter wächst -, wäre ohne die Zuwanderer unmöglich gewesen. Gerade in den wirtschaftsstarken Regionen Süddeutschlands liegt der Anteil der Beschäftigten mit ausländischem Pass inzwischen bei mehr als 15 Prozent.

Ostdeutschland jedoch profitiert nur unterdurchschnittlich von der Zuwanderung. Das ist ein Problem - für die neuen Länder. Und ein Warnsignal - für den Westen.

Engpässe Ost

Ohne dauerhaft große Zahlen an Immigranten werden sich Teile der Bundesrepublik zu menschenleeren Landschaften entwickeln. Welche Dynamik dadurch entsteht, lässt sich heute schon in Teilen des Ostens beobachten, 28 Jahre nach der Wiedervereinigung, die sich am Mittwoch jährt.

Der "Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit", den die Bundesregierung vor einigen Tagen vorgelegt hat, zeigt: Trotz relativ schwacher Wirtschaftsentwicklung und nach wie vor deutlich höherer Arbeitslosigkeit als im Westen gibt es Engpässe auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. "Die Zunahme an Fachkräfteengpässen war im Osten am höchsten", wie es in dem Bericht heißt.

Gesucht werden Leute aller möglichen Qualifikationen und Spezialisierungen: Akademiker, insbesondere Ärzte, Ingenieure, IT-Experten und Naturwissenschaftler, außerdem Handwerker aller Art sowie Kranken- und Altenpfleger.

Doch im Osten gelingt es nicht, diese Lücken mit ausländischen Beschäftigten zu schließen. Mit wenigen Ausnahmen, insbesondere Berlin und Umland, liegt der Anteil von Erwerbstätigen mit nichtdeutschem Pass in den Ostregionen weit unter Westniveau: bei weniger als sechs Prozent.

Regionen mit geringem Zuzug von außen sind auch für Einheimische nicht sonderlich attraktiv. Gut ausgebildete junge Menschen ziehen fort. Fachkräfte sind knapp, deshalb können ansässige Unternehmen kaum wachsen. Konzerne investieren anderswo. Umso schlechter sind die Chancen vor Ort.

Eine Folge dieser Entwicklung: Die Alterung schreitet im Osten viel schneller voran als im Westen. Bereits 2030 wird rund ein Drittel der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein, wie aus dem Einheitsbericht hervorgeht. Der Anteil der Menschen im wirtschaftlich aktivsten Alter zwischen 20 und 64 Jahren schrumpft rapide.

Imageprobleme im Osten, Rückenwind im Westen

Zugegeben, Ostdeutschland hat einige gravierende strukturelle Nachteile, die sich nicht so einfach ausgleichen lassen. Bereits vor dem Mauerfall war die Bevölkerungsdichte relativ gering. Berlin und sein Umland sind der einzige echte Ballungsraum. Selbst wachsende Großstädte wie Leipzig und Dresden ähneln Inseln in dünnbesiedeltem Land. Dazu kommt ein Imageproblem - geprägt von Pegida, Chemnitz, AfD-Erfolgen, NSU und so weiter -, das auch nicht gerade zur internationalen Attraktivität beiträgt.

Für die alten Länder jedoch sieht die Sache anders aus. Der Westen ist attraktiv, wie die hohen Zuwandererzahlen zeigen. Die Bundesrepublik sollte deshalb alles daransetzen, diesen Rückenwind zu erhalten. Dazu braucht es insbesondere eine stringente Einwanderungs- und Integrationspolitik, damit die Stimmung nicht noch weiter in Richtung undifferenzierter Grenzen-dicht-Rhetorik abdriftet.

Bislang profitiert der Osten enorm von der Wirtschaftskraft des Westens - und damit auch von der Zuwanderung aus dem Ausland in die alten Bundesländer. So liegt das durchschnittliche Nettoeinkommen ("Nettoäquivalenzeinkommen") der privaten Haushalte im Osten bei knapp 90 Prozent des Westniveaus. Die Wirtschaftskraft pro Einwohner verharrt jedoch unter 75 Prozent, die industrielle Bruttowertschöpfung pro Kopf beträgt sogar nur rund 50 Prozent.

Drei Bemerkungen zum Schluss:

Erstens: Nur wenn der Westen sich weiterhin großer Zuwanderungsgewinne erfreuen kann, wird er in der Lage sein, den Osten auch in Zukunft in großem Umfang finanziell zu unterstützen. Sollte hingegen auch der Westen demografisch austrocknen, wie es der BBSR-Bericht vor einigen Jahren vorhersagte, werden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Finanzlage Deutschlands insgesamt leiden.

Zweitens: Die Höhe der West-Ost-Überweisungen wird seit Jahren nicht mehr offiziell ausgewiesen. Ein Großteil der Transfers läuft unsichtbar über die gesamtdeutschen Sozialversicherungen. Schätzungen zufolge beträgt der Nettotransfer nach wie vor jährlich mehr als 60 Milliarden Euro. Um mehr Transparenz in die Sache zu bringen, könnte man ja mal wieder offizielle Zahlen dazu veröffentlichen, vielleicht in zwei Jahren zum 30. Jahrestag der Einheit.

Drittens: Man darf gespannt sein auf die nächste Raumordnungsprognose des BBSR, die voraussichtlich kommendes Jahr veröffentlicht wird. Das Institut untersteht übrigens dem Bundesinnenministerium, das derzeit von Horst Seehofer (CSU) geleitet wird. Aber das nur am Rande.

两德统一后的28年  
移民短缺正在威胁德国  
亨里克·穆勒  
  
30.09.2018  
数据很是骇人。几年前，联邦建筑、城市和空间研究学院（BBSR）公布了对于2035年的预测。核心结论为：届时德国西部的大部分地区都将遭受人口锐减。只有少数地区仍然可以实现人口增长。  
  
换句话说，专家们所预测的西德未来发展，早已在东德成为现实。1990年至2012年间，除了柏林郊区以外，东德人口已经全面减少。将来，联邦德国的大部分地区也会遭受同样的命运。  
  
但这令人沮丧的预测可能已经过时了。真是万幸。  
  
BBSR专家计算时假设移民趋势是恒定的：即每年20万人；平均而言，移民到德国的人数会比离开德国移居国外的人数多20万人。但是，近年来，移民到德国的人数增加了一倍。自2012年以来，每年移民德国的人数比离开德国的人数多40万至50万，这还不包括自2015年以来的难民人数。他们中大多数是来自其他欧洲国家的人，在德国找到了工作。  
  
没有移民，雇员人数就不可能继续增加，经济也不可能继续增长。尤其是在德国南部经济实力雄厚的地区，拥有外国护照的雇员比例现在已经超过15％。  
  
但是，东德只能从移民中获得的收益却是低于平均水平的。对于新的德国来说，这是一个问题；对于西方，这是一个警示。  
  
劳动力短缺的东德  
  
如果没有永久的大量移民，联邦德国的部分地区都会变得荒凉。到本周三，两德统一就已经足足28年，这种变化的趋势在东德部分地区已经可见一斑。  
  
联邦政府几天前提供的“德国统一状况年度报告”显示：尽管经济发展相对疲软，失业率明显高于西方国家，东德劳动力市场仍存在瓶颈。报告称：“东部地区对于专业人才的短缺增幅最大。”  
  
我们正在寻找具有各种资历和专业的人才：学者，尤其是医生，工程师，信息技术专家和自然科学家，以及各种手工业者，护士和老年人护工。  
  
但是在东德，不可能通过外国劳动力来弥补劳动力短缺。除少数例外，特别是柏林及其周边地区，东德持非德国护照的人口比例远低于西德：只有不到6％。  
  
外来人口很少的地区对当地人也不是特别有吸引力。受过良好教育的年轻人搬走了。专业技术人员短缺，这就是为什么当地公司难以发展的原因。大集团只会在别处投资。这个地区的机遇就更加糟糕了。  
  
这种发展的后果之一是：东德的老龄化进程要快于西德。统一报告显示，到2030年，大约三分之一的人口将达到65岁以上。在经济活动中最活跃的的20至64岁年龄段的人口比例正在大幅度减少。  
  
东德的形象问题，顺境中的西德  
  
诚然，东德有一些严重的结构性缺陷，无法轻易弥补。在柏林墙倒塌之前，人口密度也相对较低。柏林及其周边地区是唯一真正的人口稠密地带。甚至莱比锡和德累斯顿等发展中的大城市也像人口稀少的国家中的岛屿。还有一个形象问题（由Pegida，Chemnitz，AfD成功案例，NSU等所塑造）并不能促进国际化的吸引力。  
  
对于旧国家而言，情况有所不同。正如大量移民所表明的那样，西德很有吸引力。因此，联邦德国应尽一切可能保持这股顺风。这尤其需要严格的移民和融合政策，以使舆论不会进一步转向没有差异化的边防言论。

到目前为止，东德已经从西德的经济实力中，也从曾经移民到西德的国外移民中受益匪浅。东德家庭的平均净收入比西德要低将近90％，每个居民的经济实力也要低上75％，人均工业产值总额仅为西德的50％左右。  
  
最后以三句话总结：  
第一：只有当西德能够继续享受大量的移民收益时，它才能在未来继续为东德提供大量财政支持。另一方面，如果西德人口也像BBSR报告预测的那样锐减，德国的整体经济表现和财务状况都会受到影响。  
第二：多年来，从来没有官方公示过西德向东德转移的金额。其中很大一部分是通过全德国社会保险进行转移的。据估计，每年的净转移额仍超过600亿欧元。为了让此事更加透明化，可能会在统一30周年后的两年内再次发布官方数据。  
第三：我们非常期待BBSR的下一份有关区域规划的预测，该预测将于明年发布。该研究所隶属于联邦内政部，该部门目前由霍斯特·泽霍夫（基社盟）领导。但是仍然处于边缘。